

Gedanken zur Sprachpflege

Von W. E. Süskind

Lassen Sie mich entgegen allem akademischen Brauch beginnen mit einer *Captatio Malevolentiae*: mit dem Geständnis nämlich, daß ich mit dem Begriff Sprachpflege nicht viel anzufangen weiß. Es macht mich immer zusammenzucken, wenn mich ein wohlmeinender Mitmensch apostrophiert, ich sei ein Sprachpfleger („Pfleger und Heger“, füge ich dann in Gedanken hinzu), und ich komme mir eingestuft vor in ein lindgrün uniformiertes Korps von Landesschützen der deutschen Sprache. Fern sei das von mir. Was ich vielleicht besitze, ist ein gewisses Maß von Sprachempfindlichkeit, aber gewiß nicht mehr, als man eben mitbekam in einem Kindesalter, in dem Elternhaus, Standesbewußtsein und Kinderstube noch wirkende Größen waren. Eine solche mittlere Sprachempfindlichkeit ist einem so angeboren und anerzogen wie die vergleichbare Musikalität – und so wenig ich deren Anwendung etwa in Gestalt von Hausmusik als „Musikpflege“ bezeichnen würde, ist mir das Wort „Sprachpflege“ geheuer.

Was ich damit bemängle, ist die Lostrennung von Sprachsinn und Sprachverantwortung vom Individuum und deren Delegation an kollektive Instanzen, an den Staat, an Akademien, an die Schule, an die Presse, an die Kirchen. Ich will gar nicht leugnen, daß ein gewisses Maß an Sprachfürsorge zu den Angelegenheiten dieser Instanzen gehört, einfach weil sie in ihrer Praxis von der Sprache und in der Sprache leben, der Staat in Gestalt seiner Rechtspflege und seiner administrativen und vertraglichen Äußerungen, die Kirche in Gestalt von Predigt und Verkündigung, die Schulen sowieso, da sie sich nicht anders als im Wort mitteilen können. Als Sprachpflege denominiert, nehmen aber alle diese Verhaltensweisen etwas, ich

möchte sagen, Vorlautes an, als ginge es bei der Sprachpflege um ressortmäßige Verwaltungsangelegenheiten, als wären Staat, Kirche, Schule sozusagen als Urphilologen dazu berufen und in der Lage, gute Sprache auszuteilen und die Sprache sauberzuhalten, so wie die Körperpflege den Körper.

Vielleicht kommen wir von dem Parallelfall der Körperpflege aus weiter. Vielleicht verstehen wir Sprachpflege richtig, wenn wir sie wie die Körperpflege als ein der Öffentlichkeit und dem Einzelnen gemeinsames Desideratum ansehen, für das die Öffentlichkeit bestimmte Einrichtungen bereithält, während es an dem Einzelnen liegt, ob er sich ihrer bedient. Aber ganz zieht die Parallele für mein Gefühl doch nicht durch. Es fehlt das Moment der Empfindlichkeit, wie ich vorhin gesagt habe, das Moment der liebhaberischen Passion, das meiner Meinung nach aller Sprachpflege zugrunde liegt. Es muß jene Verletzlichkeit hinzukommen, die für den musikalischen Menschen falsches oder buchstäblich taktloses Plärren zur wirklichen Qual macht. Oder denken Sie an die Qual, die es einem empfindlichen Menschen auch schon bereiten kann, wenn er in einem öffentlichen Lokal die Katarakte eines frechen, brülligen, wie auf ständige Zoten reagierenden Gelächters vernehmen muß, aus denen sich so eine mittelbürgerliche Sonntagabendkonversation vorzüglich zusammenzusetzen scheint. Ich spreche von Qual – es ist auch Verzweiflung dabei, nämlich die trostlose Erkenntnis, was alles sich an Rohheit und frechem Neureichentum in unserer Gesellschaft laut- und breit-macht. Und solcher Verzweiflung, mutatis mutandis, müßte auch einer Sprachpflege heute einiges innewohnen – Verzweiflung darüber, daß Ordnungen gestört sind.

Es ist eine alte Streitfrage (und wir können sie vielleicht in der Diskussion wieder aufrollen), ob solche Störungen nur an der Wurzel oder auch am Symptom bekämpft werden können. Ich neige sehr zu der ersten Auffassung – aber ich würde ja unsere Position hier aufgeben und einen Teil meiner ganz persönlichen Position dazu, wenn ich nicht auch der symptomatischen Therapie einen bestimmten Wert zuerkannte. Ich meine nur, daß die symptomatische Sprachpflege, wie wir sie allein vornehmen können, sich ihrer Machtlosigkeit bewußt sein sollte. Sie genießt zwar allgemeinen Beifall und ist schon beinahe zu einer Zugnummer in der Publizistik geworden, aber sie gilt als Schrulle und eigensinniger Korrektheitsdünkel und wird nicht gewürdigt als Passion und Ordnungstrieb. Vor allem,

sie ist, selbst wenn sie institutionell begründet ist, ohne Autorität. Sie hat keine Art von Exkommunikationsgewalt, nicht einmal eine papierene. Sprachkritik, selbst von einer Akademie ausgehend, würde keinen Werbechef, keinen Minister, keinen Redakteur, keinen Parteisekretär um seinen Posten bringen – was sage ich, auch nur um einen Strich in seinem Posten herabstufen.

Ich behaupte das nicht ins Blaue hinein. Im Jahre 1961 habe ich vor der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung einen Vortrag gehalten über „Die Akademie als Institution“ und darin den Vorschlag gemacht, die Akademie solle aus eigener Souveränität Rügebriefe hinausgehen lassen etwa an Boulevardblätter oder an Industriefirmen, an Parteiredner oder an die Steuerbehörde, wann immer sprachliche Veranlassung dazu gegeben sei. „Diese Mißbilligungen“, sagte ich, „müßten jedesmal knapp und schlüssig begründet sein, und sie würden zwar nicht sofort befolgt werden, aber es entstünde doch unter den Marodeuren der Sprache ein Gefühl, daß eine Autorität vorhanden ist und die Dinge überwacht. Diese Überwachungsfunktion sollten wir uns nicht zuerkennen lassen, wir sollten sie von uns aus in Angriff nehmen, und ich sehe auch keine Handhabe, wie man es uns auf rechtlchem Wege verwehren sollte, denn die Rügen hätten vertrauliche Form, würden keine Geschäftsschädigung bedeuten und stünden zweifellos unterm Schutz der freien Meinungsäußerung aus berechtigtem Interesse.“ Ich muß mich entschuldigen, daß ich mich so ausgiebig selbst zitiere. Aber der Vorschlag scheint mir heute noch gut, und ebenso scheint mir heute noch charakteristisch, daß er damals weit mehr belacht als beachtet worden ist. Ein Journalist, ich will seinen Namen nicht nennen, schrieb statt eines Berichts ein recht gelungenes Feuilleton, etwa so: Da müsse er also künftig jeden Morgen vor dem Briefträger zittern, denn womöglich werde der einen blauen Brief der Akademie bringen, in dem diese oder jene Redewendung von ihm gerügt werde. Das Feuilleton, wie gesagt, war gelungen, aber mich hat es gekränkt, weil ich alles andere im Auge gehabt hatte als eine literarische Stilkritik mit akademischer Vollmacht. Erlauben Sie, daß ich mich noch etwas weiter zitiere und von meinem Trauma befreie. Ich sagte damals ausdrücklich: „Ich finde, daß man nicht da als Institution auftreten soll, wo schon andere Institutionen vorhanden sind, in diesem Fall die freie Kritik, deren Elan man nicht verkürzen sollte, indem man mit der geballten Autorität einer Akademie auftritt. Ein Eingreifen der Aka-

demie“, sagte ich weiter, „ist nicht in solchen Fällen wünschenswert, in denen ein einzelner der Übeltäter ist, sondern da, wo wirklich eine Macht gegen uns steht, z. B. die Macht des Zeitgeists, die Macht der Wirtschaftsinteressen, die Macht der Tabus.“ Durfte man eine so expresse Willenserklärung ins Lächerliche ziehen durch die Vorstellung, es seien literarisch-kritische Tadelsbriefe gemeint?

Ausgegangen war ich in meinem Vortrag damals von einem Beispiel, das Ihnen vielleicht im Augenblick ebenfalls vorschwebt, nämlich von dem der Französischen Akademie. Die hat ja meinen Gedanken von vornherein verwirklicht, wenn auch nicht in Gestalt von Rügebriefen, sondern autoritativer durch ihr Wörterbuch. Ebenso haben die Engländer ihren festen Begriff von The King's oder The Queen's English. The King's English ist zwar von keiner Akademie aufgezeichnet, sondern vor genau 60 Jahren von zwei englischen Lexikographen, aber es entscheidet doch bis heute mit wahrhaft akademischer Gewalt, wo ein Mensch, wenn er den Mund auf tut, hingerechnet wird. Eine ähnliche Wirkung müßte auch bei uns und heute von dem ausgehen, was wir mit dem von mir beargwöhnten Wort Sprachpflege meinen: eine ins Gesellschaftliche, ganz allgemein ins Politische ausstrahlende Wirkung.

Müßte also auch bei uns die Herausgabe eines Wörterbuchs das Ziel der Sprachpflege sein? In diesem Punkt ist die Welt bereits weggegeben. Wir haben den Grimm, wir haben, auf einer anderen Ebene, den Duden und wieder auf einer anderen den inzwischen auf fünf Bände angewachsenen Küpper, der im Englischen in den Arbeiten von Eric Partridge sein Gegenstück hat. Den gesellschaftlich-politischen Effekt üben alle diese Werke nicht aus, auch der Grimm nicht – es fehlt ihnen der selektive, akademische Nimbus. Ich veruneinige mich ungern mit der Duden-Redaktion, unserer Gastgeberin von heute abend, aber ich möchte doch gern für unsere Aussprache die Frage vormerken, ob es den Duden nicht von einer hohen sprachpflegerischen Funktion ausschließt, daß er als praktisches Wörterbuch das Selektions- und Wertungsprinzip des King's English außer acht läßt und von Auflage zu Auflage ganz bewußt eine Angleichung an die Umgangssprache, wie sie eben geworden ist, gut oder böse, vornimmt. Als praktisches Wörterbuch müssen wir vornehmlich registrierend sein, werden die Duden-Leute antworten. Wenn ihr nur wüßtet, würde ich antworten, welche magische Gewalt ihr über die Seelen der Menschen, vornehmlich der Setzer und Korrektoren,

ausübt! So daß es z. B. unmöglich war, bei den Beratungen zur Rechtsschreibreform den freiheitlichen Gedanken einer vorübergehenden Freigabe von Groß- und Kleinschreibung in den strittigen Fällen (*im wesentlichen, aufs äußerste, autofahren und Rad fahren* – Sie kennen diese Fälle) durchzusetzen, einen Gedanken, der wirklich demokratisch die Entwicklung sich selber überlassen, einem sprachlichen Plebiszit anvertraut hätte. Nein, das war nicht möglich, Ordnung und Regel mußten sein, erklärten Deutschlands sämtliche Fachverbände, und wenn aus dem Duden nicht die amtliche Rechtschreibung hervorginge, sei das sprachliche Chaos da. Und nun frage ich, könnte eine Institution, die so viele Gläubige oder gar Hörige hat, könnte eine solche Institution in ihrem Wörterbuch nicht etwas selektiver sein, etwas mehr Widerstände gegen terminologische und grammatikalische Neubildungen der Umgangssprache aufbieten? Zum Beispiel bei der Präposition *dank* die Verfehltheit des Wesfalls noch energischer betonen. Oder umgekehrt bei der Präposition *trotz* dem Dativ etwas mehr Recht einräumen gegenüber dem angeblich allein richtigen Genitiv und beide nicht nur zwischen den Zeilen, sondern rundheraus als gleichberechtigt behandeln mit leichter Bevorzugung sogar des älteren Dativs, allein schon weil er der ältere und sinnvollere Gebrauch ist. Und überhaupt Betrachtungen anstellen über die internen Machtkämpfe zwischen den Kasus, wobei sich der Genitiv oft vordrängt aus Gründen vermeintlicher Feinheit, auf der anderen Seite bei der Apposition mehr und mehr (und ungerügt) verdrängt wird vom Dativ: *Und die Sozialdemokratie ist zum Sturz Erhards, dem Gegner der Großen Koalition, bereit*, schrieb ein so angesehener Wissenschaftler wie Theodor Eschenburg in einer so angesehenen Zeitung wie der *Zeit*, ohne zu erbleichen.

Nun haben wir allerdings auf einer Tagung unseres Instituts im vorigen Frühjahr die lebhafteste Polemik der Herren Korn und von Polenz vernommen, bei der ungeklärt blieb, ob es so etwas wie böse Sprache überhaupt gebe. Der eine der beiden Kampfhähne ging so weit, das rückhaltlos zu verneinen und sogar die Redensart „bis zur Vergasung“ von der Disqualifizierung auszunehmen; es handle sich da um Umgangssprache aus dem Bereich des ersten Weltkriegs, und diese unverfängliche Entstehungszeit sichere das Wort vor dem Verdacht, „böse Sprache“, Nazisprache zu sein. Ich glaube, das Exempel kann uns lehren, daß es der Sprachpflege nicht guttut, wenn man gewisse vogelfreie Zonen des Sprachverfalls postuliert und die

Sprache des Unmenschen zeitlich und sachlich einfach gleichsetzt mit der Sprachregelung des Dritten Reichs. Ich hebe hier absichtlich auf unseren Buchtitel ab, der so mißverstanden werden kann, aber beileibe nicht so gemeint ist. Sternberger hat es im Vorwort zu der Buchausgabe unseres Versuchs ausdrücklich gesagt, ich zitiere: „Das Wörterbuch des Unmenschen ist das Wörterbuch der geltenden deutschen Sprache geblieben, namentlich wie sie im Munde der Organisatoren, der Werber und Verkäufer, der Funktionäre von Verbänden und Kollektiven aller Art ertönt.“ Das ist wohl deutlich genug. Sprachpflege symptomatischer Art ist nach wie vor am Platze und wird sich auch auf die gleichen Ziele richten müssen, nämlich gegen die Tendenz, die Sprache zu reglementieren und mehr und mehr als bloßes Signal, als Verhaltensanweisung für den Untertan erstarren zu lassen, wobei der Untertan nicht nur als Höriger der Staatsgewalt, sondern auch „von Verbänden und Kollektiven aller Art“ zu verstehen ist, vor allem auch als Seine angebliche Hoheit, der umschmeichelte und gegängelte Konsument. Auch gegen diese Auffassung von Sprachpflege gibt es Opposition. Eine Opposition, die sagt, ohne die bewußt reglementierte und signalhaft gemachte Sprache (einschließlich ihrer Neigung zur Substantivierung des Satzbilds) sei das Massenzeitalter administrativ nicht mehr zu bewältigen. Das ist ein Felsblock von einem Einwand. Wir werden uns damit beschäftigen müssen, ob angesichts einer solchen Einrede unsere ganze Bemühung um Sprachpflege nicht zu einem müßigen Unterfangen würde, vergleichbar der Aufstellung von Reiterregimentern für einen Atomkrieg. Aber dann müßten wir ja auf der Stelle die Hände in den Schoß legen.

Kehren wir zurück zu unserer Eingangsfrage, ob Sprachpflege sein soll und sein kann, und ob sie, im bejahenden Fall, von Institutionen oder punktuell von Einzelnen ausgehen soll. Ich glaube schon angedeutet zu haben, daß sie meiner Meinung nach immer punktuell sein muß, immer am einzelnen vorkommenden Fall ausgerichtet, auch wenn sie von einer Institution ausgeht, denken Sie an meinen Vorschlag mit den Rügebriefen, und daß ich nichts von einer wie immer gearteten Zentralisierung der Sprachpflege, etwa in einem Bundes-Kultusministerium, halte. Auf der anderen Seite liegt in Deutschland immer die Gefahr nahe, daß die sprachpflegerische Instanz gefragt wird, worauf sie denn ihre Kompetenz gründe (ebenso wie die Theaterkritik das manchmal gefragt wird), und da wäre es

denn ganz gut, wenn die damit befaßten Akademien und Institute, auch das unsrige, auf einen staatlichen Auftrag, womöglich mit Gesetzeskraft, verweisen könnten. Man könnte sogar den Gedanken fassen, daß jeder als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannten Institution, seien es nun Rundfunkanstalten, Kirchen, Handelskammern, dieser Auftrag zusätzlich erteilt würde. Sie haben es alle gemeinsam, daß sie wesentlich mit Mitteln der Sprache ihre Schäflein beisammenhalten; eine Verpflichtung zur Sprachpflege wäre ihnen also mit Recht aufzuerlegen.

Die Frage der Autorität wäre damit allerdings noch nicht gelöst. Ob mit staatlichem Auftrag oder ohne solchen, wie soll das betreffende Institut oder der betreffende sprachpflegerische Einzelstreiter sich vor der Öffentlichkeit in Respekt setzen? Bei den Rundfunkanstalten gibt es schon seit langem beamtete Sprachpfleger, die, glaube ich, sogar so heißen. Aber ihr Einfluß scheint sich im wesentlichen darin zu erschöpfen, daß sie um die korrekte Aussprache fremdsprachiger Namen angegangen werden oder daß sie als lebender Duden herhalten müssen. Gegen die große Gefahr der Nachrichtensprache im Rundfunk, ihre Schablonenhaftigkeit, ihre Wehrlosigkeit gegen Modeausdrücke, vermögen sie offenbar nichts. Führt man dagegen Beschwerde, so wird der Sprachpfleger antworten, man habe natürlich völlig recht, überblicke aber nicht die Schwierigkeiten des praktischen Sendebetriebs. Wenn der Rundfunksprecher von einer „Anhebung“ der Benzinpreise gesprochen habe, so sei das zwar ein Stück modischer Verschleierungssprache; es sei ihm aber so von der Nachrichtenagentur vorgelegt worden, und in der Eile, mit der so eine Rundfunkredaktion arbeite, sei keine Möglichkeit zum Verbessern. Außerdem seien, unter uns gesagt, die Rundfunksprecher viel zu hohe Herrschaften, als daß ihnen ein bloßer Sprachpfleger von seinem Stübchen unterm Dach aus am Zeug flicken könne.

Ich karikiere ein wenig, aber nicht sehr. Wer sich heute um Sprachpflege bemühen will, sieht sich einem Moloch gegenüber, nicht etwa einem Moloch an Bösartigkeit, sondern einem Moloch der Gewohnheiten und Verflechtungen. Die Sprache, die wir sprechen und schreiben, ist uns zudiktirt von den Verhältnissen, im Fall des Rundfunksprechers von der Nachrichtenredaktion, der Nachrichtenredaktion von der Nachrichtenagentur, der Nachrichtenagentur von ihrem Korrespondenten und diesem wieder vom Nachrichtensprecher der Bundesregierung, diesem aber von den Sprachrege-

lungen seiner Dienststelle, die es darauf anlegt, einen vielleicht brandheißen Text des betreffenden Ministers narrensicher zu machen und entsprechend abzumildern, so daß man hinterher sagen kann, er sei mißverstanden worden. An einigen der Knotenpunkte entstehen Verwässerungen des ursprünglichen Wortlauts, an anderen Knotenpunkten wird einfach nur weitergegeben, im Sinn der Sprachpflege aber ist nirgends etwas ausgerichtet. Ich gehe immer noch von der optimistischen Auffassung aus, daß der Originaltext sprachlich einwandfrei war. Wie aber, wenn er selber zu wünschen übrigließ? Ich besitze von unseren zwei ersten Bundeskanzlern sehr anerkennende Briefe über meine Verdienste als Sprachpfleger, habe ihnen aber das Kompliment beim besten Willen nicht zurückgeben können.

Da es also am Haupt und an den Gliedern fehlt, an welchem Punkt soll die Sprachpflege ansetzen? Auf der breiten historisch-philologischen Ebene? Oder mit puristischem Maßstab? Bei der Frage der Substantivierungsinflation oder bei einer syntaktischen Frage, etwa der Frage nach Möglichkeiten und Grenzen des Relativsatzes? Sie sehen: die Gefahr des Bloß-Akademischen liegt bei allen diesen Ansatzpunkten nahe, und so erwünscht uns allen Abhandlungen über die genannten Themen wären, im Sinne allgemeiner Sprachpflege wäre mit ihnen wenig ausgerichtet. Es bleibt nur die vorhin gegebene Antwort: immer bei vorliegendem Anlaß, immer punktuell! Aber dann auch rücksichtslos, auch wenn ein Hochmögender dabei verletzt wird! Und nie aus Rechthaberei, nie ohne das innere Beben des verletzten individuellen Sprachgefühls!

Ich habe mir vorhin die Situation des Rundfunksprachpflegers vorzustellen versucht, der ich nie gewesen bin. Da fühle ich mich verpflichtet, auf eine Position überzugehen, von der ich etwas autoritativer sprechen kann, nämlich auf die Lage des Menschen, der in der Presse arbeitet, dort aber im Sinn der Sprachpflege etwas zu bewirken, Sie werden vielleicht sagen: etwas zu retten versucht. Wenn Sie mir schon die Ehre erweisen, mich als einen ausübenden Journalisten in Ihren erlauchten Kreis aufzunehmen, bin ich Ihnen in diesem Punkt Aufrichtigkeit schuldig.

Zeitungssprache gilt ja vielen Menschen als gleichbedeutend mit korrupter Sprache. Korrupt sei sie, da sie auf Sensation auf der einen Seite, auf Grob- und Kurzschlächtigkeit auf der anderen Seite erpicht sei. Ohne daß ich diese Gefahren bagatellisieren wollte: die Zeitungssprache ist besser als ihr Ruf. Journalisten sind in der Regel Leute,

die es keineswegs leicht mit der Sprache nehmen. Sie sind dazu von Berufs wegen angehalten; denn einmal wollen und sollen sie verständlich, wahrhaft gemeinverständlich sein; dann sind sie durch eine harte Schule von Presseprozessen gegangen und daher zur Genauigkeit erzogen; und zum dritten haben manche von ihnen die Zeit der Nazi-Sprachregelungen erlebt und dabei gelernt, daß es eben doch böse Sprache gibt und daß sich sauberhalten mit seine Sprache sauberhalten weithin gleichbedeutend war. „Wir werden durch die Lupe gelesen“, sagte mir mein großer Freund und Lehrer Wilhelm Hausenstein, als ich seine Nachfolge bei der alten Frankfurter Zeitung antrat, und er meinte damit, daß man lupenrein schreiben müsse, nicht allein um gegenwärtige Verfolgungen zu vermeiden, sondern auch, um vor der Lupe einer späteren Zeitgenossenschaft zu bestehen.

Auch heute noch möchte ich behaupten, daß der sprachliche Stand der deutschen Presse höher ist als in den gerühmten kaiserlichen oder Weimarer Zeiten. Man hat auch bei jungen Journalisten großes Verständnis zu erwarten für jeden Versuch der Sprachpflege – sie betrachten einen sorgsamen, sogar peinlichen Umgang mit der Sprache als einen Bestandteil ihrer Berufspflicht. Und wenn es trotzdem – zugegeben – von sprachlichen Nachlässigkeiten in der Zeitung wimmelt, so muß ich, nicht anders als der Sprachpfleger beim Rundfunk, die Schuld auf die allgemeine Verflechtung der Instanzen schieben, die sich im Journalismus noch verhängnisvoller auswirkt als in anderen Berufen.

Nehmen wir ein Beispiel. Der Journalismus hat es zuvörderst mit Nachrichten zu tun, die er von anderer Seite zugeliefert bekommt. Jede dieser Nachrichten trägt ihr eigenes Vokabular mit sich. Ein Regierungswechsel z. B. bringt nicht nur neue Gesichter, sondern neue Wortbildungen, mit denen sich die neuen Gesichter manchmal ganz bewußt interessant machen. Wer hätte bis vor 100 Tagen etwas von einer *konzertierten Aktion* in der staatlichen Wirtschaftspolitik gehört? Das Wort gehörte, wenn es überhaupt schon existierte, dem Wortschatz der akademischen Nationalökonomie an. Nun werfen es die neuen Männer Schiller und Strauß in die Debatte, und schon wimmelt es in der Presse von *konzertierter Aktion*, so wie es zu Erhards Zeiten von *formierter Gesellschaft* und noch früher von *Aktionen auf höchster Ebene* wimmelte.

Was sollen die Zeitungen da tun? Jedes größere Blatt hat zwar eine Nachrichtenredaktion, die ist sogar das wichtigste Ressort im Hause

und nicht, wie wir uns wohl leicht einbilden, das Feuilleton. Und die Nachrichtenredaktion hat auch, hier muß ich dem Rundfunksprachpfleger widersprechen, durchaus die Zeit und den Ehrgeiz, die einlaufenden Meldungen zu redigieren. Aber wenn von den Autoritäten selbst so ein neues Donnerwort ausgeht, so eine konzertierte Aktion oder formierte Gesellschaft, soll dann die Redaktion, junge Leute meistens, Skepsis äußern und die neuen Ausdrücke bis auf weiteres jedesmal in Gänsefüßchen setzen? Oder soll sie sie in einfacheres Deutsch übersetzen – etwa in *gemeinsam abgestimmte Aktion*? Aber ist dann nicht die Authentizität der Meldung selber verfälscht, die ja aus guten Gründen das neue Wort kreierte, ebenso wie aus guten Gründen von der *Anhebung* und nicht von der *Erhöhung* des Benzinpreises die Rede war? Der junge Sprachpfleger muß seiner Sache schon sehr sicher sein, wenn er in einem solchen Fall (und auf das Risiko eines Tadels vom Vorgesetzten) sich zum Redigieren entschließt.

Kurz, oft ist es ein Pflichtgefühl, das beim Journalisten das andere Pflichtgefühl überwindet: die Verpflichtung gegen die absolute Nachrichtentreue, die Verpflichtung zum sprachlichen Ausjäten. Das gleiche gilt von der Frage, wann und in welchem Grade die Zeitungssprache farbig und anschaulich sein darf, selbst auf Kosten der absoluten Korrektheit. Ich habe einmal, als ich für unsere Zeitung die Redaktion führte, die Überschrift gewagt: *Rauber Wind aus Washington*. Das war so blickfangend und in der Auslegung der Situation so richtig, daß es nachträglich gutgeheißen wurde. Aber es gab doch auch Stimmen, die es allzusehr als Alltagssprache empfanden und sich gewünscht hätten: *Kühle Note des State Department an Bonn*. Das wäre im Sinn der Zeitungssprache vollendet korrekt gewesen, obwohl es zwei weitere sprachliche Ausrutscher enthält, das Fremdwort *State Department* für amerikanisches Außenministerium und das verkürzende „Bonn“ für Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Wir sind hier an einem Punkt, wo aus ganz mechanischen Gründen, für den Laien unmerklich, die Zeitungssprache Schäden oder mindestens Verklemmungen erleidet. Die Zeitung ist an die Einrichtung der Schlagzeile und damit der Spaltenbreite gebunden, als an zwei Voraussetzungen ihrer Lesbarkeit, und das zwingt sie zu gewissen Verkürzungen. Eine Schlagzeile, so breit, daß in ihr die Worte *amerikanisches Außenministerium* unterzubringen wären, gibt es nicht. Daher greift der Zeitungsmacher dankbar zu dem Fremdwort *State Depart-*

ment, das er vorher, so ist zu hoffen, in manchen Artikeln den Lesern bereits erklärt hat. Ebenso ist es für die Zeitung eine wahre Gottesgabe, daß wir an Bonn einen so kurznamigen Regierungssitz haben. „Bonn“ ist nun das Sigel für Bundesregierung, Bundesparteien, allgemeines Bundesklima, Regierungsgetriebe im weitesten und im engsten Sinn – und die sprachliche Verarmung, die sich darin ausdrückt, wird wettgemacht durch die größere staatsbürgerliche Wendigkeit einer Leserschaft, die auf alle diese möglichen, hinter dem einen Vierbuchstabenwort sich verbergenden Sinngehalte geschult ist. Sie sehen, ich verteidige mit Feuer mein Handwerk. Aber ich tue es nicht bis zum letzten. Die Grenze ist da erreicht, wo der Zwang zur Kürze Schlagzeilen fabriziert wie *Schwere Verluste der US-Streitkräfte* oder *Kennedy-Attentäter in Nachbar festgenommen*. Die *US-Streitkräfte* werden sich zwar kaum mehr ausmerzen lassen; die Adjektive *amerikanisch*, *französisch* usw. sind einfach zu lang. Aber den *Kennedy-Attentäter* wird man einer Nachrichtenredaktion ausreden können, wenn man ihr herrisch erklärt, daß es zwar ein Attentat auf Kennedy, aber darum keinen Kennedy-Attentäter gibt.

Oder doch nicht? Der Zwang zur Kürze zusammen mit der Bereitwilligkeit der deutschen Sprache, Zusammensetzungen zu bilden, leistet Sprachhäßlichkeiten wie den *US-Streitkräften* auch da Vor-schub, wo es gar nicht nötig wäre. Ich habe erst kürzlich einen von mir hochgeschätzten Rundfunkkommentator, einen im allgemeinen sehr sprachsicheren Mann, äußern hören, die und die Erklärung von Gomulka liege *auf der Linie der Diffamierungskampagne der Bundesrepublik*. Er meinte natürlich: *gegen* die Bundesrepublik. Aber er beachtete nicht, daß eine *Diffamierung* der Bundesrepublik etwas anderes ist als eine *Diffamierungskampagne* der Bundesrepublik. Und so bis in die höheren Ränge der Publizistik, wir haben ja vorhin schon das Beispiel aus Eschenburgs Munde gehört.

Die Zeitungssprache hat für den, der sie zu handhaben weiß, ausgesprochene Reize, auch grammatikalische und syntaktische Eigentümlichkeiten, von denen sich der Laie nichts träumen läßt. Es gibt z. B., ich spreche immer von den Schlagzeilen, kein Imperfekt und so gut wie kein Futur. Alle Tempusregeln der Schulgrammatik geraten ins Wanken. Die Nachricht von gestern ist nicht im Imperfekt vorzutragen: *Wilson traf mit Kossygin zusammen*, sondern man bringt sie, obwohl sie in der Vergangenheit liegt, im Präsens (*trifft zusammen*) oder in einer flexionslosen, partizipialen Vergangenheits-

form (... mit Kossygin zusammengetroffen). Ebenso schluckt das Präsens auch fast alle in der Zukunft liegenden Vorgänge in sich auf: *Wilson trifft Kossygin* kann ebenso bedeuten: er hat ihn gestern getroffen wie er wird ihn in nächster Zukunft treffen. Das Imperfekt aber feiert Urstand als eine Art Ersatz der Vorvergangenheit: *Wilson traf Kossygin* würde in Zeitungssprache bedeuten: obwohl es gestern dementiert war, hatte er ihn doch vorgestern getroffen; es war also doch wahr, was vorgestern vermutet worden war. Das sind Feinheiten, die man kennen muß, um die Zeitungssprache zu beurteilen. Eine ähnliche betrifft den Gebrauch des bestimmten Artikels. Sie werden immer wieder Schlagzeilen finden vom Muster: *Bundespräsident antwortet Bundeskanzler*. Das hat manchmal die erwähnten Gründe der Platzersparnis, aber nicht nur. Oft soll es auch eine bestimmte lakonische Wucht der Aussage ausdrücken. Und außerdem will eine Eigentümlichkeit der Zeitungssprache, daß der Artikel im Nominativ etwas von der Funktion eines Demonstrativpronomens annimmt. Wenn eine Zeitung meldet: *Zusammentreffen Wilson/Kossygin*, so steht das Ereignis noch bevor oder hat sich soeben ereignet. Meldet sie dagegen: *Das Zusammentreffen Wilson/Kossygin*, so meint sie: das bekannte, schon öfters gemeldete Zusammentreffen, auf das wir hiermit zurückkommen und dessen nähere Hergänge wir jetzt erst darstellen. Ein solcher zurückverweisender, demonstrativer Charakter wohnt ja dem bestimmten Artikel wohl überhaupt inne. Erst im Zeitungsgewerbe ist aber eine Kunst und eine Kunstregel daraus gemacht. Ich erzähle Ihnen das in solcher Breite, weil ich Ihnen die Schwierigkeiten einer Sprachpflege auf einem Gebiet darstellen wollte, über das ich einigen Überblick besitze, und weil ich gleichzeitig dem Vorurteil entgegenwirken wollte, als wäre Zeitungssprache ein einziger Sumpf von Schluderei und Leichtfertigkeit. Ebenso wie in der Presse wird es, vermute ich, auf allen in Betracht kommenden Gebieten technische Umstände geben, die einer bewußten Sprachpflege entgegenstehen. In der Jurisprudenz wohl das Bedürfnis nach vollendeter logischer Exaktheit und erschöpfender Erfassung der Sachverhalte. Und in der Kameralistik? Ja, da muß ich Ihnen schon wieder mit einem persönlichen Erlebnis aufwarten. Seit Jahren ist es mir in meinem privaten Sprachpflegertum ein Ärgernis, daß die Finanzbehörden uns von *abzugsfähigen Unkosten* sprechen, während für mein Sprachgefühl nur eine Person zu etwas fähig ist und es *abziehbare* oder *abzugsberechtigte* Unkosten heißen müßte. Ich habe eine nicht

einflußlose Zeitung, die verflossene Wirtschafts-Zeitung, bei der ich eine Zeitlang Sprachberater war, tatsächlich dahin gebracht, daß sie in ihrem Steuerteil konsequent mein *abziehbar* einführte und das *abzugsfähig* verpönte. Aber was hat es genützt? Eher ist die Zeitung eingegangen als das Finanzamt auf unseren gutgemeinten Vorschlag – verzeihen Sie den unerlaubten Wortwitz! –, und so wie hier sehe ich überall das traurige Ergebnis voraus, daß die eingefleischte amts-übliche Sprachgebarung die Oberhand behauptet über die Sprachkritik, oder sagen wir schon die Sprachpflege des Einzelnen oder auch der Institution. Wie ich höre, haben zwar einzelne Ministerien z. B. die Gesellschaft für Deutsche Sprache beauftragt, ihnen bei der Erstellung ihrer Drucksachen und Rundschreiben beratend an die Hand zu gehen. Ich weiß aber nicht, wieviel Autorität die Gesellschaft mit ihren Anregungen genießt und wie hoch hinauf sich deren Angriffspunkte erstrecken. Ich fürchte, eine richtige Souveränität des Sprachpflegers wird auch da nicht heraus schauen.

Sollen wir also die Hände in den Schoß legen? Ich glaube es nicht, ich glaube, daß auch hier der Aufruf aus Faust gilt: „Den lieb’ ich, der Unmögliches begehrt“, der also die Unmöglichkeit wagt, gegen Tabus seine Sprachempfindlichkeit ins Feld zu führen. Fragt sich nur immer wieder, ob Institutionen oder Einzelne dabei eher etwas ausrichten werden. Die Schwierigkeiten für den Einzelnen habe ich Ihnen leicht verschleiert an Hand meiner eigenen Person dargestellt. Die Schwierigkeiten für eine Institution müssen wir uns in unserer Aussprache vor Augen halten, um so ernstlicher, je ernsthafter das Institut vielleicht beabsichtigt, eine Einrichtung für Sprachpflege nicht nur zu sein, sondern auch bewußt zu begründen. Als einen Vorschlag für diesen Fall habe ich Ihnen meinen Vortrag vor der Deutschen Akademie erwähnt, und er steht natürlich, mit allen seinen Gegengründen, auch Ihnen zur Verfügung. Den Einzelnen unter uns aber gilt mein innigster Zuruf, denn wo immer sie tätig sein mögen, im Staatsdienst, im akademischen oder im mittleren oder elementaren Lehramt, beim Rundfunk oder gar als elende Skribenten bei der Zeitung, haben sie Gelegenheit, zum Rechten zu wirken, so elementar wie nur möglich, korrigierend, mäkelnd, sich unbeliebt machend, aber dies letzte womöglich nicht. Denn was ich die Empfindlichkeit und Verletzlichkeit genannt habe, ist doch, wie wir wissen, in der Tiefe mit Liebe verwandt und aus Liebe entsprungen. Mehr kann ich nicht sagen, und ich danke Ihnen.